

Antrag

Hannover, den 01.06.2021

Fraktion der SPD
Fraktion der CDU**Einbahnstraße Corona? - Interessen von Kindern und Jugendlichen in und nach der Pandemie stärker berücksichtigen**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Seit einem Jahr hat die weltweite Corona-Pandemie massive Auswirkungen auf unser tägliches Leben. Verordnungen regeln die Bedingungen unseres Zusammenlebens. Je nach Inzidenzwerten können wir mehr oder weniger unser Leben selbstbestimmt gestalten. Anders als bei Erwachsenen ist für Kinder und Jugendliche jedes Lebensjahr mit Entwicklungsschritten verbunden, die bedeutsam für ihren Weg zum Erwachsenwerden sind. Welche Auswirkungen das Leben in der Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen auf die Psyche der Kinder und Jugendlichen hat, machen erste Studien deutlich, die Ergebnisse aus Befragungen in der Phase des Lockdowns im Frühjahr 2020 und im Herbst 2020 auswerten. Zusammengefasst ist schon jetzt festzustellen, dass sich Kinder und Jugendliche in der Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen „ohnmächtig ausgeliefert“ fühlen und sie sich wünschen, „eine Stimme zu haben und gehört zu werden“. Ihnen fehlt die Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse in der öffentlichen Wahrnehmung. Auch im Stufenplan wurde an die Kinder und Jugendlichen hauptsächlich über die Bildungseinrichtungen gedacht. Kinder und Jugendliche haben aber im Vergleich zu Erwachsenen spezifische Bedürfnisse. Sie pflegen über ihre „Peers“ soziale Kontakte, die man als Lernorte jenseits der „Bildungsräume KiTa und Schule/Ausbildung“ bezeichnen kann. Diese spielen entwicklungspsychologisch eine bedeutsame Rolle, werden aber bei den Verordnungen nicht gesondert berücksichtigt. In den Medien wird bereits von der „Generation Corona“ gesprochen, ohne zu definieren, was gemeint ist. Mindestens aber ist es ein Begriff, der negativ belegt ist. Festzustellen bleibt, dass die Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie für Kinder und Jugendliche eine besondere Belastung bedeuten.

Der Landtag begrüßt

- die Öffnungsmöglichkeiten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit während der Pandemie,
- die Durchführung eines digitalen Jugend-Hearings auf Bundesebene unter dem Motto „Corona und die Folgen“,
- die finanziellen Hilfen des Bundes für Familien in der Pandemie, insbesondere das Corona-Aufholpaket.

Der Landtag bittet die Landesregierung, zum Thema

Leben mit Einschränkungen

1. bei den Einschränkungen durch die Verordnung die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen und deren Lebenswelt im Blick zu behalten (altersangemessene Regelungen),
2. anzuerkennen, dass Kinder und Jugendliche von dem Virus anders gefährdet sind als Erwachsene und dieses in der Verordnung / dem Stufenplan entsprechend zu berücksichtigen,
3. Maßnahmen zu entwickeln, die die Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche abschwächen.

Lebenswelt mit Corona

1. dafür zu sorgen, dass sich soziale Unterschiede hinsichtlich der Lebens-Chancen von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie nicht verschärfen (Ausstattung mit digitalen Endgeräten / ausreichende Internetverbindungen, Mittagessen, Nachhilfeunterricht, Kinderschutz/Sorgentelefon),
2. die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen bei Lockerungen zu berücksichtigen und neben den „Freiheiten“ der Erwachsenen (Einkauf, Restaurant) die Freiheiten der Kinder und Jugendlichen zu definieren (Treffen von Jugendlichen mit Maske draußen möglich, Freizeiten mit fester Gruppe von zehn Personen, gemeinsame Übernachtungen etc.),
3. die Träger der Kinder- und Jugendarbeit so auszustatten, dass sie mit den Jugendlichen (auch digital) Kontakt halten können (Ziel muss es sein, die Sport-, Kultur und anderen Freizeitmöglichkeiten aufrechtzuerhalten),
4. Jugendgruppenleiterinnen- und Jugendgruppenleiter-Kurse und Fortbildung für Ehrenamtliche auch unter Pandemiebedingungen zu ermöglichen und ausgefallene eventuell nachzuholen,
5. primäre Präventionsmaßnahmen (U-Untersuchung, Schuleingangsuntersuchung etc.) sicherzustellen,
6. Familien in Quarantäne-Zeiten zu unterstützen,
7. in (digitalen) Beteiligungswerkstätten zu klären, welche konkreten Auswirkungen die Pandemie auf Familien hat und welche Unterstützungen erforderlich wären, um zu verhindern, dass aus dieser Zeit dauerhafte/lebenslange Nachteile für die Kinder und Jugendlichen entstehen.

Zukunft nach Corona

1. die Auswirkungen der „Corona-Zeit“ und die damit verbundenen Restriktionen auf Kinder und Jugendliche zu analysieren und Handlungsoptionen aufzuzeigen, um Nachteile für besonders betroffene Kinder und Jugendliche auszugleichen. Diese könnten folgende Angebote enthalten: Ausgleich sozialer, motorischer und kognitiver Entwicklungsbeeinträchtigungen/-verzögerungen bei Kindern, verkleinerte Klassengröße, Nachhilfeunterricht, Gesprächsangebote, niedrigschwellige außerschulische Angebote, Erarbeitung von Workshop-Angeboten mit Trägern der Jugendhilfe,
2. die „Leistungen“ der Kinder und Jugendlichen im Umgang mit der Pandemie und den damit verbundenen Anstrengungen positiv anzuerkennen und zu würdigen (Eigenverantwortung, Selbststrukturierung, Zeitmanagement),
3. einen Diskurs über die psychologischen Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche zu führen (z. B. mit den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe) und, wenn notwendig, Kapazitäten in Beratungsstellen zu erweitern,
4. nach der Pandemie eine Hochschule mit einer Untersuchung zu den Folgen und der Situation von Kindern und Jugendlichen nach Corona zu beauftragen,
5. die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung des Lebens in und nach der Pandemie z. B. durch Beteiligungs- oder Jugendwerkstätten zu ermöglichen, um sie so aktiv in Maßnahmen einzubinden,
6. Maßnahmen aus den Ergebnissen der Werkstätten abzuleiten, um die Situation von Kindern und Jugendlichen nach der Pandemie in den Blick zu nehmen und diese Zielgruppen zu stärken.

Impfungen für Kinder und Jugendliche

1. zeitnah die Impfstrategie weiterzuentwickeln, sobald geklärt ist, wann welche Impfstoffe für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stehen,
2. eine landesweite Informationsstrategie auf den Weg zu bringen, die Eltern und Kinder über die Vorteile und die Risiken einer Impfung aufklärt,

3. dafür zu sorgen, dass alle Kinder und Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen einen Zugang zu einer Impfung erhalten.

Begründung

Die Corona-Pandemie gefährdet grundsätzlich die Gesundheit aller Menschen. Allerdings sind nicht alle gleich stark gefährdet, schwer zu erkranken. Nach unseren bisherigen Erfahrungen haben jüngere Menschen in der Regel einen mildereren Verlauf der Krankheit und erholen sich schneller. Gleichwohl können Kinder und Jugendliche ebenso Träger des Virus sein und die Krankheit verbreiten. Die Einschränkungen unseres täglichen Lebens sollen die Verbreitung des Virus verlangsamen bzw. möglichst verhindern, indem der menschliche Kontakt reduziert wird. In dem vergangenen Jahr betrafen diese Einschränkungen unser gesamtes (soziales) Leben, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich. Dabei wurde schnell klar, dass nur ein solidarisches Handeln die vulnerablen Gruppen der älteren bzw. vorerkrankten Menschen schützen kann. Im Gegensatz zur öffentlichen Meinung haben Studien inzwischen belegt, dass die überwiegende Mehrheit der Kinder und Jugendlichen den Ernst der Lage und die damit verbundenen Maßnahmen verstanden und die Regeln von Anfang an akzeptiert hat. Dabei mussten sie viele Opfer bringen!

Ihr Leben spielt sich normalerweise in wechselnden Gruppen und mit unterschiedlichen Personen ab. Dieser Austausch ist ihnen seit nunmehr fast einem Jahr untersagt. Aufgrund der Zunahme von psychischen Problemen von Kindern und Jugendlichen und der damit verbundenen Nachfrage nach Therapieangeboten liegt die Vermutung nahe, dass es hier Handlungsbedarf gibt!

„Die Dramatik für die Kinder und Jugendlichen muss endlich erkannt werden“, warnt eine Expertin. Es fehlt an physischer und sozialer Nähe, diffuse Ängste sind eine Folge. Kinder und Jugendliche wurden bisher einseitig auf ihre Ausbildungsoptionen und schulischen Belange reduziert. Alle anderen Bedürfnisse fanden kaum Berücksichtigung. Kinder und Jugendliche leben aber im „Hier und Jetzt“. Ihre Bedürfnisse können nicht auf die Zukunft verschoben werden. Dazu müssen angemessene Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die notwendige Generationenverantwortung in der Pandemie ist keine Einbahnstraße, sondern sollte in beide Richtungen gehen.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion der CDU

Dirk Toepffer
Fraktionsvorsitzender